

Erklärung
des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen
in Deutschland (ACK)
Erzpriester Radu Constantin Miron
aus Anlass der Umwandlung der Hagia Sophia zur Moschee

Köln/Frankfurt am Main, 23. Juli 2020

Der 24. Juli 2020 bedeutet das Ende einer Epoche. Durch einen administrativen Akt des türkischen Staatspräsidenten verliert die Hagia Sophia in Istanbul den Status eines Museums, den sie seit 1935 besaß, und wird zur Moschee gemacht. Dieser staatliche Akt geschieht – wie so häufig in der Türkei – unter scheinbarer Wahrung der Rechtstaatlichkeit. Das im 6. Jahrhundert gebaute Gotteshaus, das unter Kaiser Justinian als christliche Kirche erbaut wurde und über neun Jahrhunderte als solche diente, wird, wie 1453 nach der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen, erneut zur Moschee. Seit dem 1. Februar 1935 stand sie dann als Museum allen Besucherinnen und Besuchern offen, wie es der Gründer der modernen Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, verfügt hatte. Im Bewusstsein der orthodoxen Christinnen und Christen blieb und bleibt die Hagia Sophia allerdings die „Große Kirche Christi“. So ist es kein Zufall, dass Vertreter aller orthodoxen Patriarchate und autokephalen Kirchen gegen die Entscheidung der türkischen Regierung protestiert haben. Doch auch viele Vertreterinnen und Vertreter anderer Kirchen, europäischer und weltweiter Institutionen, nicht zuletzt der UNESCO, zu deren Welterbe die Hagia Sophia ja gehört, haben ihre Bestürzung über diesen Vorgang geäußert, der offenkundig nicht religiöse Bedürfnisse, sondern innen- und außenpolitische Ambitionen des türkischen Präsidenten befriedigen soll. Deshalb richten sich diese Proteste – und auch die vorliegende Erklärung – nicht gegen den Islam oder das islamische Gebet, sondern gegen den Missbrauch der Religion, der hier zutage tritt.

Zwei Aspekte, die nur wenig zur Sprache gekommen sind, gilt es dabei besonders hervorzuheben: Zum einen ist die Hagia Sophia für die weltweite Christenheit nicht – wie behauptet wurde – „irgendein Gebäude, um das auf einmal so viel Aufhebens gemacht wird“. Vielmehr ist sie auch jene Kirche, auf deren Hauptaltar am 16. Juli 1054 der päpstliche Legat Humbert von Silva Candida das Bannschreiben über Patriarch Michael Kerullarios niederlegte, was zur Großen Kirchenspaltung zwischen Ost- und Westkirche führte. Sie ist also der symbolträchtige Ort, an dem damals das Schisma proklamiert wurde und der heute deshalb für alle, die in der Ökumene tätig sind, ein Mahnmal für die Wiederherstellung der Einheit der Kirche darstellt.

Zum anderen lässt die bewusste Wahl des 24. Juli als Datum der Umwidmung nichts Gutes erahnen, handelt es sich doch um den Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages von Lausanne (1923), in dem in den Artikeln 37-44 auch die Rechte der nicht-muslimischen Minderheiten bzw. die Verpflichtung der Türkei, diese und ihre religiösen Einrichtungen zu respektieren, festgeschrieben wurden. In den vergangenen Jahren stellte der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan immer wieder diesen Vertrag in Frage. Seine Vorliebe

für Symbolpolitik, die mal wieder durch diese Datumswahl deutlich wird, geht also offensichtlich auch zu Lasten der christlichen Minderheit in der Türkei. Ihr Schicksal kann und darf uns als Christen nicht gleichgültig sein. Zu oft haben wir unsere Stimme nicht laut genug erhoben, wenn es um den Genozid an den Armeniern und anderen Völkern, um die Septemberpogrome des Jahres 1955, um die Ermordungen von christlichen Missionaren und Würdenträgern oder die zahllosen Enteignungen von Gebäuden und Grundstücken aller christlichen Kirchen des Landes ging.

Auch die Umwidmung der Hagia Sophia ist eine Enteignung, nicht im immobilienrechtlichen, sondern im geistlichen Sinn. Und sie bedeutet das endgültige Ende einer säkularen, laizistischen, europäischen modernen Türkei, wie sie Atatürk vorschwebte, der die Hagia Sophia zum Museum gemacht hatte. Der 24. Juli 2020 bedeutet das Ende einer Epoche.

Erzpriester Radu Constantin Miron